

# Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft, der Königl. Schul-Inspection u. des Königl. Hauptsteueramtes zu Bautzen, sowie des Königl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwochs u. Sonnabends, und kostet einschließlich der Sonntags erscheinenden „brüderlichen Beilage“ vierteljährlich 1 Mt. 50 Pfg.

Gebühren für Inserate von auswärts wenn von den Einsendern nicht anders bestimmt, durch Postnachnahme erhoben. Sechsbunddreißigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 9 Uhr angenommen und kostet die dreispaltige Corpusspalte 10 Pfg. geringster Inseratenbetrag 25 Pfg.

## Bekanntmachung.

Der auf den 12. d. M. zu zwangsweiser Versteigerung der dem Weber Ernst Wilhelm Richte in Schandorf gehörigen Neuhäuslernahrung Cat.-Nr. 7 in Schandorf anberaumte Termin hat sich erledigt und wird daher andurch wieder aufgehoben.

Bischofswerda, am 5. December 1881.

Königliches Amtsgericht. Rüdler.

## Donnerstag, den 8. December 1881, von Vorm. 10 Uhr an,

sollen im Amtsgerichtshofe hier ein Kleidersecretär, ein Sopha, ein Waschtisch, ein Kleiderschrank, zwei Ledbetten, drei Kopfkissen, eine Bettstelle, ein Spiegel, ein Tafeltuch u. A. m. meistbietend gegen sofortige baare Bezahlung versteigert werden.

Königliches Amtsgericht Bischofswerda, am 3. December 1881.

Appolt, Ger.-Vollz.

### Politische Weltschau.

Noch in keiner Session des deutschen Reichstages waren die parlamentarischen Kämpfe so lebhaft, als während der abgelaufenen Woche. Tag für Tag stand Fürst Bismarck auf der Wacht, aber seine Auseinandersetzungen haben zur Klärung der Situation nichts beigetragen. Wir gestehen offen, die Betonung des nationalen Gedankens von Seiten des Kanzlers in der Hamburger Anschlussfrage berührte uns sehr sympathisch; nur erklang ein Misston durch diese Harmonie. Fürst Bismarck klagte über die Abnahme der Begeisterung für das Reich, über das Erstarken deutschfeindlicher Elemente. Das Letztere ist eine Wahrheit, welche durch die Thatsachen der jüngsten Wahlen über allen Zweifel erhoben wird. Keineswegs aber theilen wir die Ansichten des Kanzlers von den Ursachen dieser Wandlung. Genügt nicht die Verworrenheit unserer Zustände, das unsichere Morgen, um die deutschen Stämme glauben zu machen, daß ihnen ebendem wohlter war als heute, daß sie als Bestandtheile dieses oder jenes positiven Ganzen glücklicher gewesen sind, denn als Glieder des großen deutschen Kaiserreichs? Die unzähligen Parteien im Parlament sind nicht die Ursache dieser Erscheinung — wie Fürst Bismarck glaubt — sondern umgekehrt ihre Folge. Fürst Bismarck vertritt die Anschauung, daß ein parlamentarisches Regierungssystem, wie es in England besteht, bei uns weiter in der Verfassung begründet, noch bei der Parteizersplitterung möglich ist. Die Minister und der Reichscanzler haben sich nur nach dem Willen des Kaisers zu richten und im Uebrigen zu sehen, wie sie mit dem Reichstage fertig werden. Das ist seine Ansicht. Ihr steht die Anschauung entgegen, daß das Ziel unserer politischen Zustände die Weiterbildung zu den englischen Verhältnissen sein müsse, schon deshalb, weil die Uebereinstimmung zwischen Ministerium und parlamentarischer Mehrheit die unerlässliche Vorbedingung für ein gedeihliches Zusammenwirken der gesetzgebenden Factoren ist, und weil eine Quelle zu endlosen Conflicten daran liegt, wenn man die Vertretung des Volkes zur Mitwirkung an der Gesetzgebung berufen will, ohne daß diese Volksvertretung im Stande ist, auf die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten dadurch einzuwirken, daß ihr die Minister verantwortlich sind. Hier haben wir also die Gegensätze, welche zwar stets vorhanden waren, aber die aber bei der positiven Arbeit mehr oder minder leicht hinweggegangen wurde, plötzlich ganz unversöhnt vor uns. Es handelt sich um die Lebensfrage unseres ganzen Constitutionalismus. Der Reichscanzler glaubt ferner an die Schädlichkeit der liberalen Bestrebungen; er läßt sich nicht überzeugen, daß er einstmals mit dem Liberalismus ganz gut auskommen und selbst die Schuld trägt, daß dies heute nicht mehr der Fall ist, daß er einst eine feste Majorität besaßen, mit der bei nur einiger Resignation und einigem ernstlichen Streben nach Verständigung auch ein conservativer Staatsmann

sehr wohl die Geschäfte zu führen vermochte, und daß ihn zur Zeterrümmung dieser Majorität nur der Wunsch führte — der niemals im deutschen Reiche erfüllt werden wird — eine vollständig gefügige parlamentarische Mehrheit mit Aufopferung alles freien Willens zu gewinnen. Er redet sich ein, gestützt auf seltsame Zahlengruppirungen, daß die conservativ-Strömung im Volke im Wachsen, die liberale im Rückgang begriffen sei und daß er vereinst doch noch die ersehnte Mehrheit nach seinem Geschmack gewinnen werde. Einstweilen muß das Centrum erhalten. Sagte doch der Reichscanzler ausdrücklich, daß ihm das Centrum weit weniger gefährlich erscheine, als die ~~Verfassungs-~~ und folgerichtig eine Verständigung mit jener Partei weit eher möglich sei als mit dieser. Die Erkenntniß dieses verhängnißvollen Irrthums wird nicht lange ausbleiben. Der Abgeordnete Windthorst war in den letzten Tagen allerdings sichtlich bestrebt, seine Partei dem Reichscanzler in möglichst günstiger Beleuchtung vorzuführen; er eröffnete, wenn auch mit diplomatischer Reserve, lockende Aussichten auf die Zustimmung zu den wirtschaftlichen Lieblingsprojecten des Kanzlers. Dazu gehört ja auch der Volkswirtschaftsrath und Fürst Bismarck mußte trotz aller schönen Versprechungen zwei Tage später erleben, daß gerade das Centrum dieses Lieblingsproject einmüthig ablehnte, wenn auch vielleicht auf kurze Zeit verdunkelte Thatsache, daß in Deutschland niemals eine ultramontane Politik getrieben werden kann. — Nach allen bisherigen Reden des Fürsten und der verschiedenen Parteiführer ist darauf zu schließen, daß die vorhandenen Gegensätze schroffer und schroffer werden müssen und schließlich zur parlamentarischen Krisis, unter Umständen sogar zum Conflict treiben werden. Fürst Bismarck sprach wohl bei Gelegenheit seiner jüngsten oratorischen Ergüsse aus, daß wir in Deutschland es nicht so nöthig hätten, unter allen Umständen seine Reformen durchgeführt zu sehen; man könne die Vorlagen ablehnen oder ihnen eine andere Form geben, denn es handle sich nur um einige Verbesserungen der bereits auf sicheren Grundlagen ruhenden Zustände. Aber diese scheinbare Nachgiebigkeit darf uns nicht über die großen Gegensätze täuschen, die im Reichstage bestehen und über kurz oder lang zur Krisis führen müssen. Vom Standpunkte ruhiger Erörterung mag man dies bedauerlich finden, im Interesse unseres politischen Lebens aber müssen die vorhandenen Gegensätze ausgelämpft werden. — Der Generalsstabeschef Graf Moltke hat auf eigenen Wunsch und in Hinsicht auf sein hohes Alter in der Person des Grafen von Waldersee einen Ablatus erhalten, welcher nunmehr einen Theil der Geschäfte des großen Generalstabs leiten wird. — Der Landesauschuß für Elsaß-Lothringen ist durch kaiserliche Verfügung zum 5. December einberufen worden. Seit in Oesterreich Graf Taaffe Ministerpräsident ist, hörte er nicht auf zu erklären, daß seine Regierung über den Parteien stehe. Trotz

allem hat er es glücklich dahin gebracht, sich an keine Partei mehr stützen zu können; am allerwenigsten auf die neueste Sezession, auf das SS Räder starke clerikale Centrum. Ist unter solchen Verhältnissen die Lage der Regierung keine erquickliche, so gestaltete sich die Situation der Verfassungspartei jedenfalls glücklicher. Denn diese Partei steht nun, während sich ihre Gegner zersplittern, geeinigt da. Es wird sich nun vor Allem darum handeln, diese Einigung richtig zu verwerthen. Dies kann aber nur geschehen, wenn man den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt und, statt die Gegensätze zu verschärfen, eine versöhnliche Richtung einschlägt, durch welche ~~ein~~ ~~von~~ ~~Weg~~ ~~zur~~ ~~Wiedererlangung~~ der Mehrheit gebietet werden kann. Graf Taaffe hat, als er an die Spitze des Ministeriums trat, die Unterstützung der Verfassungspartei gesucht, erfuhr aber eine Abweisung. Dies war der größte Fehler, welchen die Verfassungspartei begehen konnte, und aus ihm sind alle weiteren zu ihren Ungunsten ausgefallenen Entwicklungen hervorgegangen. Noch scheint es zu einer Umkehr nicht zu spät zu sein, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß, wenn die Verfassungspartei eine Verständigung mit dem Grafen Taaffe wollte, er die Hand dazu bieten würde. Denn mit den vier Fractionen der Rechten wird er schwerlich auf die Dauer sein Auskommen finden. Die Verlegenheiten, die ihm besonders von dem neuen Centrum drohen, wird also die liberale deutsche Verfassungspartei leicht zu ihrem Vortheile ausbeuten können.

Die Delegirtenwahlen in Frankreich, durch welche sich ein Schluß auf den Ausfall der im Januar 1882 stattfindenden Ergänzungswahlen zum Senat ziehen läßt, haben in einer großen Anzahl von Departements einen vollständigen Sieg der Republikaner Gambettistischer Richtung ergeben. Man kann daher annehmen, daß nach den Senatswahlen Gambetta eine, wenn auch eine schwache, Mehrheit im Senate zur Verfügung stehen wird, mit deren Hilfe es dem Ministerpräsidenten gelingen könnte, auch den Senat zu seinem gefügigen Werkzeuge zu machen. Doch stehen immerhin Gambetta harte Kämpfe im Senat bevor, denn der Führer der antigambettistischen Senatoren, der ehemalige Unterrichtsminister Jules Simon, hat dem Ministerpräsidenten durch die Uebernahme der politischen Direction des „Gaulois“ bereits offen die Fehde angekündigt. Derselbe erklärt in seinem neuen Blatte, die Revision der Verfassung und ebenso den sogenannten Krieg des Cabinets Gambetta gegen den Clerikalismus bekämpfen zu wollen, in welchem Kampfe aber Jules Simon und seine Freunde ohne Zweifel den Kürzeren ziehen werden.

Das englische Parlament ist zum 7. Februar 1882 wieder einberufen worden und wird dasselbe vor Allem der Regierung wohl größere Vollmachten zur Wiederherstellung der Ordnung in Irland bewilligen müssen. Man ist im englischen Cabinet endlich zu der Einsicht gelangt, daß trotz der äußerlichen Unterdrückung der Landliga, trotz des Bestehens